

Stadt sucht neue Nutzer für Konzeptionhalle

Thun Jetzt geht der Gemeinderat in die Offensive: Er hat entschieden, den künftigen Betrieb der historischen Halle 6 im Selve-Areal neu auszuschreiben.

Michael Gurtner

Die Mitteilung der Stadt Thun vom Donnerstagmorgen ist kurz – aber brisant. Der Gemeinderat hat laut Communiqué nämlich entschieden, den Betrieb der Halle 6 neu auszuschreiben. In den historischen Gemäuern im Selve-Areal könnte in naher Zukunft also eine völlig neue Nutzung umgesetzt werden. «Das Amt für Stadtliegenschaften wurde beauftragt, die notwendigen Grundlagen für die Ausschreibung zu erarbeiten», heisst es weiter. Der Gemeinderat sei grundsätzlich und innerhalb der gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen offen für innovative Ideen und unterschiedliche Nutzungen der Halle. «Die Details werden nun erarbeitet und Teil der Ausschreibungsunterlagen sein.» Die Ausschreibung solle zu gegebener Zeit publiziert werden.

Konkurs in Aarau eröffnet – in Thun noch nicht

Zur Erinnerung: Anfang Dezember 2020 machte diese Zeitung publik, dass die Bilanzen von vier Unternehmen aus der Betreibergruppe der Konzeptionhalle 6 deponiert worden waren – von Daskonzept AG, Daskonzept Gastro AG, Konzeptionhalle 6 Gastro GmbH sowie Aeschbachhalle 6 AG, die ein gleichnamiges Eventlokal in Aarau betreibt. Mittlerweile wurde in Aarau der Konkurs über die Aeschbachhalle 6 AG eröffnet, wie die «Aargauer Zeitung» schreibt. Anders in Thun: Laut Auskunft des Konkursamts Oberland ist kein Konkursverfahren über die erwähnten Firmen hängig. Beim Regionalgericht hiess es Ende Dezember, die Betreiber der Konzeptionhalle 6 hätten zwar eine Überschuldungsanzeige eingereicht – aber nicht alle anschliessend geforderten Unterlagen.

Angebot bisher nicht zurückgezogen

Im Herbst hatte der Thuner Unternehmer Tom Saurer eine neue Firma namens Daskonzept Group AG gegründet. In dieser



In diesem Gebäude im Thuner Selve-Areal befindet sich die Konzeptionhalle 6 (Eingang vorne rechts). Foto: Christoph Gerber

sollten die Idee und die Marke der Konzeptionhalle weiterleben können, erklärte Saurer Anfang Dezember gegenüber dieser Zeitung. Er strebe einen neuen Mietvertrag mit der Stadt Thun als Besitzerin der Räumlichkeiten an. Knapp drei Wochen später erklärte er, an einem Weiterbetrieb der Konzeptionhalle 6 als Mix aus Möbelhandel, Event- und Gastrolokal habe er kein Interesse mehr.

Hat Saurer sein Angebot bei der Stadt zurückgezogen? «Nein, ein offizieller Rückzug ist uns gegenüber bis anhin nicht erfolgt», sagt Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP). Für ihn ist die Konzeptionhalle im heutigen Stil aber so oder so nicht definitiv geschichte: «Das ist nicht zwingend,

und wir sind sehr offen für innovative Ideen.» Mit der beabsichtigten Ausschreibung gehe es der Stadt gerade darum, den attraktivsten Nutzungsmix zu finden. «Vielleicht lassen sich verschiedene innovative Ideen sogar kombinieren, was die Attraktivität der Halle noch erhöhen könnte.»

Stadt wird ihre Forderungen geltend machen

Verfolgt die Stadt einen konkreten Zeitplan? «Wir sind von Entscheiden abhängig, die wir nicht beeinflussen können, wie etwa eine allfällige Konkurseröffnung», antwortet der Thuner Stadtpräsident. Deshalb sei es gegenwärtig schwierig, einen exakten Zeitplan aufzustellen.

Laut am Donnerstag schriftlich erteilten Antworten auf Fragen der SP-Fraktion im Stadtrat belaufen sich die Mietzinsausstände bis Ende 2020 auf genau 116'451.45 Franken. Die Jahresmiete beträgt 190'000 Franken. Zur Frage, ob die Stadt die bisherigen Mieter betreiben werde, erklärt Raphael Lanz: «Wir rechnen aufgrund der kommunizierten Bilanzdeponierung mit einem Konkursverfahren und werden unsere Forderungen entsprechend geltend machen.»

Keine automatische Kündigung

Laut den Stadtratsunterlagen hat das Amt für Stadtliegenschaften ein sogenanntes Retentionsbe-

gehren sowie die Betreuung auf Pfandverwertung eingereicht. Beim Retentionsbegehren geht es darum, die Zinsen zu sichern – und zwar mittels der in den Räumen vorhandenen «beweglichen Sachen» wie Büromobiliar und Maschinen.

«Ein eingeleitetes Konkursverfahren führt nicht automatisch zu einer Kündigung des Mietvertrages», heisst es in den Unterlagen weiter. Darum habe das Amt für Stadtliegenschaften für den laufenden Halbjahreszins 2021 mindestens 77'400 Franken ebenfalls «retentionsgesichert». Die Retention sei zwischenzeitlich bestätigt worden. Das Retentionsverzeichnis – eine Inventarliste – liege vor.

Zahlt Stadt künftig weniger an Kapo?

Thun Per Ende 2022 will die Stadt den Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei Bern kündigen.

Die Stadt Thun will die Polizeileistungen, die sie vom Kanton einkauft, neu verhandeln, wie sie in einer Mitteilung von gestern schreibt. Dafür will sie den laufenden Vertrag mit der Sicherheitsdirektion des Kantons Bern per Ende 2022 kündigen «mit dem klaren Ziel, einen neuen Vertrag auszuhandeln», wie der Thuner Sicherheitsdirektor Peter Siegenthaler (SP) sagt: «Wir sind sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit und möchten diese weiterführen.»

Einer der Gründe für die Verhandlungen ist der Abstieg des FC Thun in der letzten Saison. «Das hat die Sicherheitskosten rund um die Spiele des Clubs markant reduziert», sagt Siegenthaler. Auf welchen Betrag sich die Kosten konkret belaufen, lässt er offen: «Die aktuelle Situation und die Spiele ohne Zuschauer machen eine verlässliche Prognose unmöglich.» Pro Jahr gibt die Stadt rund 3,6 Millionen Franken für Mannsstunden der Kapo aus. Zwischen 500'000 und 700'000 Franken entfielen davon bisher jährlich auf Einsätze der Polizei vor, während und nach den Matches des FC Thun.

Natürlich sei der Gemeinderat sich bewusst, dass der Club auch wieder aufsteigen könne. Es gelte daher, sich zu überlegen, ob die Stundenzahl, die die Stadt von der Kantonspolizei bezieht, tatsächlich gesenkt werden sollte: «Das kommt auf die Flexibilität unseres Vertragspartners an – im Fall der Fälle müssten wir die Stundenzahl rasch aufstocken können.» Eine andere Variante sei, die Stundenzahl beim aktuellen Wert zu belassen – und die Manpower verstärkt in präventive Projekte zu investieren. «Ich denke dabei etwa an zusätzliche Kontrollen in Sachen Lärmbelastung und Renommierfahrten auf den Thuner Strassen», so der Sicherheitsdirektor.

Treffen im Februar geplant

Weiter sei die Zuständigkeit für die Amts- und Vollzugshilfe zu besprechen, sagt Siegenthaler. Konkret gehe es etwa darum, welche Partei künftig die persönliche Zustellung von Unterlagen wie Betriebs- und Gerichtsurkunden übernimmt, wenn dies auf dem Postweg nicht möglich ist.

Einige Änderungen im Polizeigesetz tragen ebenfalls dazu bei, dass sich die Stadt einen neuen Vertrag wünscht. «Gemeinden, die über einen Ressourcenvertrag verfügen, können neu bei Verstössen gegen die öffentliche Ordnung in gewissen Bereichen, etwa rund um die Abfallbewirtschaftung, Nachtruhestörungen oder das Hundewesen, Bussen erheben», sagt Siegenthaler, «wenn sie über entsprechend ausgebildetes Personal verfügen.» Jene Änderung etwa möchte die Stadt Thun im neuen Vertrag festhalten. «Darüber hinaus möchten wir die Gelegenheit nutzen, die Aufgabenteilung generell anzupassen.»

Zurzeit werde diskutiert, welche Forderungen die Stadt an einen neuen Vertrag stellen möchte. Noch steht nicht fest, ob etwa ein gewisser Betrag eingespart werden soll. Ein erstes Treffen mit der Sicherheitsdirektion des Kantons ist für Anfang Februar geplant.

Janine Zürcher

Wirtin sieht Illegalität als letzte Chance

Sigriswil In Telegram-Gruppen wird dazu aufgerufen, die Corona-Massnahmen zu brechen. Nun rüsten sich tatsächlich Beizer für die Wiedereröffnung. Eine von ihnen ist Daniela Liebi.

Wenn sie nicht verzweifelt wäre, würde sie sich zurückhalten. Doch Daniela Liebi weiss keinen anderen Ausweg mehr. Sie ist Gastgeberin im Landgasthof Rothorn in Schwanden (Gde. Sigriswil) und arbeitet im Moment auf Hochtouren daran, ihr Restaurant wiederzueröffnen – trotz Beizen-Lockdown von höchster Stelle. Um das Coronavirus unter Kontrolle zu bekommen, müssen die Restaurants voraussichtlich noch bis Ende Februar geschlossen bleiben.

Bis fünf Jahre Gefängnis drohen der Beizerin im Extremfall. Doch Liebi beteuert, keine andere Wahl zu haben: «Wir müssen aufmachen, wir haben einfach kein Geld mehr.» Und die Bestrafung? «Dann gehe ich halt ins Gefängnis. Ich habe innert eines Jahres 300'000 Franken verlo-

ren, eine Busse spielt da auch keine Rolle mehr.»

Angeblich 38 Branchen

Liebi ist nicht allein: In mehreren Gruppen auf der Social-Media-Plattform Telegram organisieren auch andere Gewerbetreibende unter dem Slogan «Wir machen auf» in diversen Ländern den Widerstand. Die Schweizer Ausgabe hat Stand gestern knapp 6000 Teilnehmer. Gemäss den Zahlen, die von den Organisatoren online veröffentlicht wurden, wollen im Kanton Bern circa 20 Betriebe wieder aufmachen. Wie viele davonöffnungswillige Restaurants sind, lässt sich nicht sagen. Schweizweit sind auf der Website rund 38 Branchen aufgeführt, darunter Fitnessstudios, Coiffeursalons oder Lebensberatungen. Doch die Zahlen sind mit Vorsicht



Daniela Liebi, Gastgeberin im Restaurant Rothorn. Foto: PD

zu geniessen. So konnte sich jeder Internetnutzer in einem Fragebogen als Geschäft eintragen.

Der allgemeine Wiedereröffnungstermin ist der 11. Januar. Für Daniela Liebi vom Rothorn kommt er wahrscheinlich zu früh. Sie plant, erst in der darauffolgenden Woche aufzumachen. Was für sie ganz klar ist: Auch bei einer illegalen Wiedereröffnung würden die Schutzkonzepte im Rothorn eingehalten. «Ich will mich ja auch selbst schützen.» Auf Unterstützung von Gastro Suisse können Liebi und ihre Mitstreiter aber nicht zählen. «Solche Aktionen befürworten wir nicht», heisst es vonseiten des Gastronomieverbands.

«Too big to fail»?

Liebi ist derweil überzeugt, dass die Gastrobranche als Ganze «too

big to fail» sei. Der Begriff wurde hierzulande 2008 geprägt, als die Schweiz die taumelnde Grossbank UBS mit Staatsgeldern vor dem Konkurs bewahrte. Bei der Gastronomie müsse das Gleiche passieren, so Liebi. Zu viele Existenzen hingen an den Restaurants, als dass man sie sterben lassen könne. Die bisherige Unterstützung würde viel zu wenig greifen, um ein Berufsverbot zu rechtfertigen. Erst am Montag stellte der Kanton Bern jenen Gastrobetrieben Unterstützung in Aussicht, die mindestens 40 Prozent ihres Umsatzes verloren haben. Liebi: «Wenn ein Restaurant im letzten Jahr 40 Prozent weniger Umsatz gemacht hat, gibt es dieses heute schon gar nicht mehr.»

Benjamin Lauener